

Schweden

Daniel Naurin

Die im Frühjahr 2008 ausgebrochene Wirtschafts- und Finanzkrise hat die schwedische Politik maßgeblich geprägt, wovon auch die schwedische Europapolitik nicht unbeeinflusst blieb. Als Exportnation industriell gefertigter Güter wurde Schweden von dem internationalen Bedarfseinbruch besonders hart getroffen. Die schwedische Autoindustrie, SAAB und Volvo, kämpften um ihr Überleben und die Arbeitslosenzahlen stiegen im Frühjahr 2009 besonders drastisch an.

Die regierende Vier-Parteien-Koalition (Moderate Partei, Liberale Partei, Zentrums- und Christdemokraten) verfocht anfangs eine konservative Haltung im Umgang mit der Krise, indem sie vehement Forderungen nach einer Erhöhung der Staatsausgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zurückwies. Finanzminister Anders Borg verteidigte diese Position mit dem Argument, dass ein zu großes Haushaltsdefizit Schweden weiter schaden würde, sobald sich die Krise noch verschärfen würde. Stattdessen unterstützte der Finanzminister eine Kampagne gegen die „ungesunde Bonuskultur“ im Geschäftssektor, insbesondere im Bankwesen, und forderte eine stärkere Regulierung des Finanzsystems. Diese Regulierungen müssen auf internationaler Ebene implementiert werden, um wirkungsvoll zu sein. Schweden hat entsprechend diese Position auch in der Europäischen Union und in anderen internationalen Foren und Organisationen zu einem schwedischen Hauptanliegen gemacht.

Die Ministerin für Industrie, Maud Olofsson, war starkem Druck ausgesetzt, die angeschlagene Autoindustrie zu unterstützen. Dennoch weigerte sie sich standhaft, den Autokonzernen mit großen Summen öffentlicher Mittel unter die Arme zu greifen. Sie forderte wiederholt, dass der Staat keine Autokonzerne betreiben solle, und dies obwohl andere europäischen Regierungen ihre nationalen Autoindustrien sehr wohl zu unterstützen schienen. In dieser Debatte war häufig das Argument zu hören, dass in einem Gemeinsamen Markt die Nationalstaaten – auch in Zeiten der Krise – auf Beihilfen für ihre heimischen Industrien verzichten sollten.

In der Tagespolitik war die Europapolitik sehr präsent, verantwortlich dafür waren die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 und die anstehende schwedische EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2009. Meinungsumfragen zeigten, dass die schwedische Unterstützung für die Europäische Union weiter anstieg. Der schwedische Reichstag ratifizierte am 20. November 2008 den Vertrag von Lissabon. Nur die kleinen Parteien, die Grünen und die Linke, stimmten gegen den Vertrag. Die öffentliche Meinung präsentierte sich eher gleichgültig. Eine Umfrage brachte zu Tage, dass 16% der Schweden die Ratifikation gut hießen und 13% dagegen waren, während die große Mehrheit von 71% der Befragten angab, keine Meinung dazu zu haben.

Die Europawahlen vom Juni 2009

Die Wahlen zum Europäischen Parlament bieten gewöhnlich kleinen und sogar neuen Parteien eine Plattform. Bei den vorangegangenen Europawahlen 2004 gewann die europä-

skeptische Juni-Liste in Schweden an Stimmen. Kernanliegen des Wahlprogramms der Juni-Liste war der Austritt Schwedens aus der Europäischen Union und, solange dieser nicht vollzogen ist, die Blockade vertiefender Integrationsschritte und der Übertragung weiterer supranationaler Machtbefugnisse nach Brüssel. Mit dieser Position hob sich die Juni-Liste nicht nur von den integrationsfreundlichen Parteien ab, sondern auch von den beiden anderen europaskeptischen Parteien, den Grünen und der Linken Partei, die ebenso einen Rückzug aus der EU forderten. 2004 war die Juni-Liste ungemein erfolgreich und hat mit einem Wahlergebnis von 14,5% der Stimmen Wahlbeobachter und etablierte Parteien überrascht. 2009 war es mit dem Ruhm jedoch vorbei. Die Juni-Liste konnte nur 3,6% der Stimmen erzielen, die für einen Sitz im Europäischen Parlament nicht ausreichten.

Eine der Erklärungen für dieses magere Ergebnis war, dass erneut eine neue Partei in der Parteienlandschaft auftauchte – die Piratenpartei. Der Name der Piratenpartei spielt auf das berühmt-berüchtigte Webangebot Pirate Bay an, wo Internetuser copyrightgeschützte Medien wie beispielsweise Musik, Filme und Hörbücher tauschen. Der Slogan der Kampagne der Piratenpartei lautete „Integrität“, insbesondere im World Wide Web. Die Sprecher der Partei, Rick Falkvinge und Christian Engström, machten sich stark gegen die nach den Anschlägen des 9. Septembers mit dem „Krieg gegen den Terror“ gerechtfertigte zunehmende Überwachung der Bürger durch die Justizbehörden. In den Augen vieler junger Menschen verteidigte die Piratenpartei ihr Bedürfnis nach einem mehr oder weniger freien Zugang zu Musik und Medien im Internet. Die etablierten Parteien wurden ein weiteres Mal von einem neuen Mitstreiter überrascht. Und tatsächlich erhielt die Piratenpartei 7,1% der Wählerstimmen und sicherte sich so einen Sitz im Europäischen Parlament (wird der Vertrag von Lissabon ratifiziert, erhält Schweden zusätzlich zwei Sitze im Parlament, einer könnte davon dann zusätzlich der Piratenpartei zustehen). Die Piratenpartei entschloss sich, der Fraktion der Grünen im Europaparlament beizutreten.

Auch für die kleine extrem rechte Partei der Schwedischen Demokraten war die Piratenpartei eine unerfreuliche Überraschung. Viele der „zornigen jungen Männer“, die sonst gewillt gewesen wären, die Schwedischen Demokraten zu wählen, hatten diesmal für die Piratenpartei gestimmt. Folglich erhielten die Schwedischen Demokraten nur 3,3% der Stimmen, und damit nicht genug Stimmanteile, um einen Sitz im Europäischen Parlament zu gewinnen. Die Piratenpartei wurde vor allem von Männern unter 30 Jahren gewählt.

Frauen unter 30 Jahren wählten stattdessen einen anderen Wahlsieger, die Grüne Partei. Die Grünen konnten ihren Anteil an Wählerstimmen im Vergleich zu den Wahlen von 2004 beinahe verdoppeln, von 6% auf 11%, und dies trotz der Wirtschaftskrise, die mit Umweltbelangen gewöhnlich nicht Hand in Hand geht. Auch die Liberalen haben bei den Wahlen gut abgeschnitten, in erster Linie wegen der beliebten Spitzenkandidatin Marit Paulsen. Paulsen war Mitglied des Europäischen Parlaments in der Wahlperiode 1999-2004. Ein wenig überraschend entschied sie sich 2009 erneut anzutreten. In Schweden genießt sie großes Ansehen, insbesondere wegen ihres Engagements für Tierschutz und Lebensmittelsicherheit.

Eindeutigster Verlierer der Europawahlen 2009 war die Linke Partei, mit einem Rückgang der Wählerstimmen von 12,8% auf 5,7%. Dieser Verlust wurde teilweise damit erklärt, dass sich der beliebte Spitzenkandidat im Europäischen Parlament, Jonas Sjöstedt, entschloss, nicht erneut zu kandidieren. Die Stimmanteile der größten Parteien, der Moderaten Partei und der Sozialdemokraten, blieben 2009 konstant zu den bereits 2004 erzielten Ergebnissen (18,8% bzw. 24,4%). Dies sind beachtlich niedrige Werte, verglichen mit den

Anteilen der Wählerstimmen in den Nationalwahlen von 2006. Die schwedischen Wähler strafen, wie auch in anderen EU-Staaten, die großen Parteien bei den Europawahlen ab.

Die Wahlbeteiligung stieg zum ersten Mal in der Geschichte der Europawahlen in Schweden an. Bei den Wahlen 2004 gaben nur 37,9% der Wähler ihre Stimmen ab, während es 2009 45,5% waren. 30% der Wähler wählten bereits vor dem eigentlichen Wahltag (z.B. durch Briefwahl). In Anbetracht der Tatsache, dass die Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen normalerweise bei über 80% liegt, bleibt es offensichtlich, dass die Schweden die Wahlen zum Europäischen Parlament nicht als ebenso wichtig erachten wie die Wahl des Schwedischen Reichstags.

Die Haltung der Bevölkerung zur Europäischen Union bleibt positiv

Die positive Haltung zur Europäischen Union der Bevölkerung stieg weiter an. Seit 2005 hat der Anteil derjenigen, die die Frage nach der schwedischen EU-Mitgliedschaft mit „überwiegend dafür“ beantworteten um 9% (auf 48%) zugenommen. Der Anteil derjenigen, die „überwiegend dagegen“ sind, verringerte sich um 11% (auf 26%). Der hohe Anteil von 48% der Befürworter der schwedischen EU-Mitgliedschaft erreicht damit den höchsten Wert seit dem schwedischen EU-Beitritt 1995. Gleichzeitig zeichnet sich der langfristige Trend ab, dass europaskeptische Stimmen in Schweden weniger werden. 1996, einem Jahr nach dem schwedischen EU-Beitritt, waren die Zahlen entgegengesetzt zu den Ergebnissen der Umfragen von 2008. Nur 33% der Schweden waren damals für den Beitritt, während sich 52% dagegen aussprachen.

Der Zuwachs an Zustimmung für die Europäische Union in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass Schweden nicht mehr zu den europaskeptischen Staaten gehört. In der Herbstausgabe 2008 des Eurobarometers ist Schweden auf Platz 12 (von 27) im Ranking der bereitwilligsten EU-Unterstützer unter den EU-Staaten. Die Eurobarometer-Frage, ob die EU „eine gute Sache“ sei, bejahten 59% der Schweden, der EU-Durchschnitt lag bei 53%. Im Vergleich zu Finnland und Österreich, den beiden anderen Staaten, die ebenfalls 1995 der EU beitraten, ist Schweden das Land mit der positivsten Haltung gegenüber der EU.

Der positive Trend ist in allen Bevölkerungsgruppen vorhanden, außer in einer: bei den Landwirten. Die schwedischen Landwirte, die vielleicht am stärksten in die Europapolitik involviert sind, wurden eher europaskeptischer. Frauen und junge Menschen waren bisher tendenziell europaskeptischer als Männer und ältere Menschen, die Unterschiede zwischen den Gruppen sind heute jedoch nur noch marginal vorhanden. Die Haltung zur Europäischen Union wird in erster Linie durch die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Schicht und durch die Unterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung beeinflusst. Menschen mit Arbeiterhintergrund und einem geringeren Bildungsgrad neigen dazu, sich dezidiert von der Europäischen Union abzugrenzen, als Angestellte und Menschen mit einem höheren Bildungsgrad. Ebenso äußern sich Menschen, die auf dem Land wohnen, weiterhin europaskeptischer als Menschen, die in Städten leben.

Wie lässt sich der Anstieg der Unterstützung für die Europäische Union erklären? Holmberg untersuchte die öffentliche Meinung zur Europäischen Union in verschiedenen Politikbereichen.¹ Der EU-Einfluss wird besonders positiv bewertet im Bereich Hochschule und Forschung, bei der Schaffung günstiger Voraussetzungen für den privaten Wirt-

1 Sören Holmberg: EU allt mer accepterat, in: *European Policy Analysis*, 4/2009, Swedish Institute for European Policy Studies, Stockholm 2009.

schaftssektor und in der Umweltpolitik. Negativ bewertet die schwedische Öffentlichkeit die Rolle der Union in den Bereichen Einwanderung, Lebensmittelpreise und sozialer Wohlfahrt. Grundlegend gewandelt hat sich die Einstellung zur Rolle der EU in den Bereichen Kriminalitätsprävention, Umweltpolitik und bei der Arbeitsmarktpolitik, besonders die heute positive Meinung über die Rolle der EU im letztgenannten Bereich dürfte den Zuwachs der EU-Befürworter mit erklären.

Schweden entschied sich 2003 in einem Referendum gegen den Euro. Noch vor Kurzem war die Mehrheit der Bevölkerung eindeutig dafür, die Schwedische Krone beizubehalten. Im November 2008 hatten 47% der Befragten angegeben, in einem erneuten Referendum gegen den Euro zu stimmen, während 38% der Befragten für den Euro stimmen würden. Diese Zahlen blieben seit dem Referendum ziemlich stabil. In einer Umfrage aus dem Mai 2009 gaben allerdings 42% der Befragten an, für den Euro zu votieren, während sich 43% dagegen entscheiden würden. Eine mögliche Erklärung für die wachsende Unterstützung für den Euro dürfte mit der Tatsache zu begründen sein, dass die Schwedische Krone im Frühjahr stark an Kaufkraft eingebüßt hatte – eine Folge der Wirtschaftskrise, was vielen Schweden das Gefühl vermittelte, im Vergleich zu ihren Nachbarländern schlechter gestellt zu sein. Die Liberalen nutzen die Gelegenheit ein neues Referendum über den Euro zu fordern, dieser Vorstoß fand jedoch bei den anderen Parteien kaum Zustimmung.

Die schwedische Parteienlandschaft

Der positive Umschwung in der öffentlichen Meinung zur EU-Mitgliedschaft wurde auch von einer Reihe von Veränderungen in der Parteienlandschaft begleitet. Nach einer hitzigen Debatte auf dem Parteitag der Grünen fand im Herbst 2008 eine Mitgliederbefragung statt. Gefragt wurde, ob die Grünen ihre langjährige Forderung nach einem Austritt aus der EU aufgeben sollen. Die Parteisprecher, Peter Eriksson und Maria Wetterstrand, traten beide dafür ein, diese Forderung fallen zu lassen. Eines ihrer Argumente war, dass die Anhängerschaft der Grünen heute der EU viel positiver gegenüber eingestellt sei. Ein weiterer, weniger öffentlich diskutierter Grund für diesen Stimmungswechsel waren die Ambitionen der Parteiführung, nach den Wahlen 2010 eine Koalitionsbeteiligung mit den Sozialdemokraten anzustreben. Die Sozialdemokraten hatten zuvor Bedenken geäußert, die Regierung mit einer Partei zu stellen, die die schwedische EU-Mitgliedschaft nicht akzeptiere. Bei der Befragung der Parteimitglieder der Grünen gewannen schließlich die Befürworter der Forderung, die Austrittsabsichten aufzugeben. Der darauffolgende Erfolg bei den Europawahlen im Juni 2009 gab der Parteispitze Recht, dass die Grünen nach dieser Entscheidung nun stärker auf einer Linie mit ihren Anhängern und der öffentlichen Meinung liegen würden.

Folglich führte auch das schlechte Abschneiden der Linken bei den Europawahlen zu der parteiinternen Debatte, ob die Austrittsforderung weiter aufrecht gehalten werden soll. Parteiführer Lars Ohly deutete an, dass es vielleicht auch für die Linke Partei an der Zeit wäre, die schwedische EU-Mitgliedschaft zu akzeptieren. Auch in diesem Fall haben innenpolitische Erwägungen eine Rolle gespielt. Im Herbst 2008 haben sich die Sozialdemokraten, die Grünen und die Linke Partei geeinigt, gemeinsam bei den nächsten Wahlen 2010 anzutreten und ein Mandat für eine rot-grüne Regierungskoalition zu erzielen. Damit wächst der Druck auf die Linke Partei, ihre Austrittsforderung aufzugeben.

Weiterführende Literatur

Berichte des Swedish Institute for European Policy Studies, www.sieps.se.